

# 2. Landesparteitag 2. Tagung

DIE LINKE. Landesverband Brandenburg  
5./6. März 2011, Kongresshotel Potsdam

## Arbeitsheft 2

***DIE LINKE.***  
B R A N D E N B U R G

## Inhaltsverzeichnis

<b>Antrag A1</b>	<b>3</b>
Leitantrag: Den Wandel sozial gestalten	
<b>Antrag A2</b>	<b>11</b>
Kommunale Selbstverwaltung stärken, Funktionalreform durchführen, Freiwilligkeit wahren	
<b>Antrag A3</b>	<b>18</b>
Gemeinschaftsschule auf den Weg bringen	
<b>Antrag A4</b>	<b>20</b>
Anforderungen an eine moderne brandenburgische Wasserpolitik	
<b>Antrag A5</b>	<b>24</b>
Ökologische Komponente der sozialen Erneuerung Brandenburgs stärken	
<b>Antrag A6</b>	<b>25</b>
Zukunftsfähige Entwicklung der gesamten Region Berlin-Brandenburg	
<b>Antrag A7</b>	<b>27</b>
Keine Ausgrenzung – Gleiche Chancen- Integration ist keine Einbahnstraße	

# Antrag A1

Leitantrag: Den Wandel sozial gestalten

Einreicher: Landesvorstand

## LINKE hält Wort – Rot-rot eröffnet Perspektiven

Brandenburg ist seit Eintritt der LINKEN in die rot-rote Koalition wichtige Schritte einer sozialen Modernisierung gegangen – ungeachtet aller aus der Vergangenheit herrührenden Probleme, die beide Parteien auch zu bewältigen hatten. Linkspartei und SPD im Bündnis haben zentrale Wahlversprechen bereits eingelöst. Dafür stehen beispielhaft fünf Bereiche:

- 1. Bildung:** Rot-rot investiert in die Zukunft unserer Kinder und startete mit 400 Neueinstellungen ins Schuljahr. Bis 2014 kommen insgesamt 1250 neue Lehrkräfte hinzu. Seit 1. Oktober 2010 gilt – wie DIE LINKE versprochen hat – ein besserer Personalschlüssel in den Kitas des Landes. Für die Betreuung der Drei- bis Sechsjährigen ist er von 1:13 auf 1:12, in der Altersgruppe der bis Dreijährigen von 1:7 auf 1:6 verbessert worden. Die Mehrkosten von rund 36 Mill. Euro pro Jahr trägt das Land und schafft so über 900 zusätzliche Stellen für Pädagogen. Ein Schüler-BAföG für Abiturienten aus einkommensschwachen Familien wird einzig in Brandenburg gezahlt. Die Regierung sichert die hohe Qualität der Musikschulen und erweitert den Kreis der davon profitierenden Kinder und Jugendlichen.
- 2. Arbeitsmarktpolitik:** Die Arbeitslosenquote liegt in Brandenburg so niedrig wie seit langem nicht mehr; unser Land nimmt hier im Osten eine hervorragende Position ein. Gleichwohl haben wir mit einer verfestigten Sockel- und Langzeitarbeitslosigkeit zu kämpfen. Mit dem Programmstart „Arbeit für Brandenburg“ kämpft DIE LINKE und Rot-rot um den Einstieg in den Öffentlichen Beschäftigungssektor (ÖBS). So finden Langzeiterwerbslose wieder Existenz sichernde Arbeit. Von 1200 möglichen Stellen für das Jahr 2010 wurden bis Ende September über 700 beantragt. Bis 2014 können 6500 neue Arbeitsplätze geschaffen werden, wofür das Land 40 Mill. Euro bereit hält. Eine Gefahr für den ÖBS ist Schwarz-Gelb in Berlin. Während Brandenburg die Grenzen des Machbaren ausschöpft, kürzt die Bundesregierung die Mittel für Arbeitsförderung um bis zu 30%. Diese Mittel fehlen als Finanzierungsbaustein. Über eine Bundesratsinitiative wollen wir erreichen, dass endlich dem vernünftigen Ansatz gefolgt werden kann, Mittel statt für Arbeitslosigkeit auszugeben in die Schaffung Existenz sichernder Arbeitsplätze im ÖBS zu investieren. Gemeinsam mit der Nachbarwoiwodschaft Lubuskie bereitet sich Brandenburg auf die volle Freizügigkeit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den 2004 beigetretenen EU-Staaten vor – neben dem Kampf für die Einführung eines bundesweiten gesetzlichen Mindestlohns wird DIE LINKE in diesem Zusammenhang vor allem die Chancen und Anforderungen thematisieren, die sich für die Entwicklung der Oderregion unter den neuen Bedingungen ergeben.
- 3. Strukturwandel:** Brandenburg hat seinen bundesweiten Spitzenplatz beim Ausbau regenerativer Energien verteidigt. Der Nachhaltigkeitsbeirat wurde neu berufen und wirkt an einer alle Ressorts einbeziehenden Nachhaltigkeitsstrategie mit. Der verstärkte Einsatz Erneuerbarer Energien, höhere Energieeffizienz und Versorgungssicherheit sind

49 zentrale Ziele der Brandenburger Energiepolitik und einer entsprechenden Förderpolitik.  
50 Damit realisiert Rot-Rot langjährige Forderungen der LINKEN. Die Braunkohleverstro-  
51 mung gilt nur noch als „Brückentechnologie“ – und auch das nur bei drastischer Ver-  
52 minderung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes. Bei einer möglichen Erprobung der Abscheidung und  
53 unterirdischen Speicherung des Kohlendioxids (CCS) hat die Sicherheit der Bevölkerung  
54 oberste Priorität. Menschen und ihr Eigentum dürfen nicht gefährdet, die persönliche  
55 und wirtschaftliche Nutzung ihrer Grundstücke sowie die natürlichen Lebensgrundlagen  
56 von Tieren und Pflanzen nicht beeinträchtigt werden. Das Wirtschaftsministerium hat  
57 einen „Regionalen Erkundungsbeirat Ostbrandenburg“ einberufen, damit alle Fragen des  
58 Erkundungsverfahrens sowie die Erkundungsergebnisse transparent, zeitnah und öffent-  
59 lich diskutiert, ausgewertet und hinterfragt werden. Brandenburg hat zudem Mindest-  
60 anforderungen für CCS-Bundesgesetz vorgelegt, das keine faktischen Ausnahmetatbe-  
61 stände für unser Land schaffen darf und ohne das die weitere Arbeit am CCS-Verfahren  
62 nicht möglich ist.

63  
64 **4. Stärkung von Liberalität und Rechtsstaat:** Rot-Rot sichert in Verantwortung des  
65 ersten LINKEN Justizministers in einem Bundesland eine flexible und bürgernahe Justiz.  
66 Um die Verfahrensdauer an den Sozialgerichten zu verkürzen, wurde bei 28 Stellen des  
67 mittleren Dienstes die Befristung aufgehoben. Ferner hat die Landesregierung zusätz-  
68 lich 27 neue Richter-Planstellen geschaffen, weitere Proberichter eingesetzt und so den  
69 richterlichen Dienst nachhaltig gestärkt. Die Gerichtsstandorte, selbst als Neben- oder  
70 Außenstellen, bleiben erhalten. Die Landgerichtsbezirksgrenzen werden an die Land-  
71 kreisgrenzen angepasst. Die Zusammenarbeit von Polizei und Staatsanwaltschaft wird  
72 dadurch deutlich verbessert. Damit können positive Effekte vor allem in der Kriminali-  
73 tätsbekämpfung erzielt werden. Die Polizei wird auch nach der anstehenden Polizeire-  
74 form bürgernah arbeiten, in der Fläche präsent sein und die Einsatzzeiten beibehalten  
75 können. Bewegungsfreiheit für Asylbewerber in Brandenburg wurde hergestellt, Rechts-  
76 sicherheit für Datschen-Nutzer geschaffen.

77  
78 **5. Kampf für eine andere Bundespolitik:** Gemeinsam mit Berlin bringt Brandenburg eine  
79 Initiative für mehr Steuergerechtigkeit in den Bundesrat ein. DIE LINKE sieht darin mehr  
80 als eine auf die Länderkammer begrenzte Geste für soziale Gerechtigkeit, sondern eine  
81 längerfristige gemeinsame Linie der strategischen Auseinandersetzung mit Schwarz-  
82 Gelb im Bund. Eine weitere von Brandenburg unterstützte Bundesratsinitiative zielte  
83 auf die Sicherung bezahlbarer Mieten. Brandenburg trat auch der Bundesratsinitiative  
84 Mecklenburg-Vorpommerns für die unentgeltliche Übertragung von BVVG-Gewässern an  
85 ostdeutsche Länder und Kommunen bei. Zu diesem Erfolg beigetragen hat die Massen-  
86 petition, an der sich DIE LINKE mit zahlreichen Aktivitäten beteiligt hat. Zugleich leistet  
87 die Koalition Widerstand gegen die schwarz-gelbe Gesundheitsreform. Wir wollen die  
88 Gestaltungsmöglichkeiten der Länder in der medizinischen Versorgung stärken. Ge-  
89 meinsam mit den Bundesländern Berlin, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen hat  
90 Brandenburg jede Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken abgelehnt. Wir stemmen  
91 uns zudem gegen die Hartz-IV-Reform. Im Streit um die BBI-Flugrouten setzen wir auf  
92 Deeskalation, Information, Transparenz und Dialog. Brandenburg fordert von der Deut-  
93 schen Flugsicherung so wenig wie möglich Lärmbelastung für Anwohner und entspre-  
94 chende alternative Planungen. Brandenburg hat auch gegen die Neuregelung der Siche-  
95 rungsverwahrung auf Bundesebene deutlich Stellung bezogen. Sie ist verfassungs- und  
96 menschenrechtlich nicht haltbar und wird daher von uns in ihrer jetzigen beabsichtigten

97 Form abgelehnt. Die erneute Rüge für Deutschland durch den Europäischen Gerichtshof  
98 hat die Kritik von Rot-Rot bestätigt. Den Kampf um eine andere Bundespolitik führen  
99 wir als Partei auf allen Ebenen - im Bundesrat genauso wie im Bundestag. Dazu setzen  
100 wir auf eine enge Zusammenarbeit mit der Brandenburger Landesgruppe der LINKEN im  
101 Bundestag.

102

### 103 **Widersprüchliches Umfeld**

104 Diese Entwicklungen vollziehen sich in einem widersprüchlichen Umfeld. Brandenburgs  
105 Wirtschaft hat - wie Deutschland insgesamt - fürs Erste die Talsohle der Krise verlassen.  
106 Doch das gilt nicht für alle Bürgerinnen und Bürger und nicht für ganz Europa. Vielmehr voll-  
107 zieht sich der exportbasierte deutsche Aufschwung auch zu Lasten anderer EU-Länder und  
108 von großen Teilen der Welt. Die 2008 offen ausgebrochene Krise des weltweiten Finanzsys-  
109 tems ist bei weitem noch nicht zu Ende - wir erleben sie derzeit als Krise des Euro.

110 Aus durchaus unterschiedlichen Gründen sind Mitgliedsländer der EU in eine so bedrohliche  
111 Lage geraten, dass die Finanzierung der öffentlichen Ausgaben ernsthaft gefährdet oder  
112 sogar unmöglich wird. Zu den Ursachen gehören auch die gigantischen Banken-Rettungs-  
113 pakete und natürlich die nicht regulierte internationale Spekulation. Die EU ist angesichts  
114 dessen schon nicht mehr allein in der Lage, ihre Währung stabil zu halten, und braucht Hilfe  
115 von China und Japan. Zugleich setzt sie intern - unter massivem Druck vor allem der deut-  
116 schen Bundesregierung - gegen die in Schwierigkeiten geratenen Mitglieder massive Aus-  
117 gabensenkungen und Kürzungen im Sozialbereich durch. Die Bürgerinnen und Bürger der  
118 EU-Länder werden ein weiteres Mal zu schweren Opfern für die Machenschaften der Finanz-  
119 wirtschaft und für das Versagen ihrer Regierungen genötigt.

120 Brandenburg stellt sich der Tatsache, dass hohe öffentliche Verschuldung mit dazu beiträgt,  
121 die Finanzkrise zu verlängern, und für Spekulationen gegen den Euro missbraucht wird. Des-  
122 wegen sehen wir uns in unserem Grundsatz einer Finanzpolitik mit Courage und Augenmaß  
123 bestätigt. Wir wollen den Euro als stabile Währung erhalten.

124

### 125 **Harte Herausforderungen**

126 In den ersten 20 Jahren der deutschen Einheit ist viel erreicht, aber auch viel verfehlt  
127 worden. Illusionen, der blinde Nachbau West und Fehleinschätzungen haben dazu geführt,  
128 dass Entwicklungspotenziale zusammenbrachen oder blockiert wurde; es gelang nicht, allen  
129 Menschen eine Zukunftsperspektive zu ermöglichen.

130 Brandenburg ist deswegen auch ein Land mit einer hohen Sockelarbeitslosigkeit, verbreite-  
131 ter Armut, einer kleinteiligen, eigenkapitalschwachen Wirtschaftsstruktur, erheblichen de-  
132 mografischen Problemen und starken regionalen Disparitäten. Eine selbsttragende Entwick-  
133 lung ist bislang nicht erreicht worden, der Landeshaushalt wird nur zu rund der Hälfte aus  
134 dem eigenen Steueraufkommen gedeckt. Die Sonderzahlungen des Bundes und die Förder-  
135 mittel der EU werden in dieser Legislaturperiode deutlich zurückgehen, der Solidarpakt bis  
136 2019 völlig auslaufen. Jeder fünfte Euro, den wir jetzt noch einplanen können, wird in Folge  
137 dessen am Ende des Jahrzehnts nicht mehr zur Verfügung stehen; der Gesamtumfang des  
138 brandenburgischen Landeshaushaltes wird am Ende um fast 2 Milliarden Euro unter dem  
139 heutigen Niveau liegen. Die CDU-geführten Geberländer versuchen erneut, Hand an den  
140 Länderfinanzausgleich und die solidarischen Grundlagen des Föderalismus zu legen.  
141 Zugleich ist die Verschuldung des Landes sehr, sehr hoch. Im Jahr 2004 nahmen die Zins-  
142 ausgaben mit rund 850 Mio. Euro einen Höchststand ein. Aufgrund des zurzeit relativ gerin-  
143 gen Zinsniveaus für Refinanzierungen und Kredite konnten die Zinsausgaben auf rund 740  
144 Mio. Euro gesenkt werden. Trotzdem ist dieser enorme Kapitaldienst pro Jahr - noch dazu

145 bei steigender Tendenz – dauerhaft nicht zu verkraften.

### 146 **Mit Rot-Rot Brandenburg auf eigene Füße stellen**

147 Die rot-rote Koalition hat 2009 auch deswegen zusammengefunden, weil beide Partner wol-  
148 len, dass Brandenburg sich von diesen Herausforderungen nicht überrollen lässt, sondern  
149 sich ihnen aktiv stellt, dass das Land sich eine Perspektive erarbeitet und sie auch verwirkli-  
150 chen kann.

151 Vor uns liegt also nicht nur eine Zeit, wo die finanziellen Mittel für das uns vertraute Bran-  
152 denburg dramatisch zurück gehen – vor uns liegt auch eine Zeit, in der ein neues Branden-  
153 burg entstehen wird, entstehen muss. Dieses Brandenburg wird weitestgehend auf eigenen  
154 Beinen stehen; was es dann kann und schafft, muss und wird es aus eigener Kraft können  
155 und schaffen.

156 Der Weg dorthin beginnt jetzt. Es liegt auch in der Hand der LINKEN, dafür zu sorgen, dass  
157 das neue Brandenburg ein gutes Brandenburg wird: Ein Brandenburg, das hauszuhalten und  
158 seine Mittel klug zu investieren weiß, das nicht über seine Verhältnisse lebt, seinen Bürge-  
159 rinnen und Bürgern gerecht wird, ihnen Lebensperspektiven eröffnet und ihre Lebensleis-  
160 tungen würdigt.

161 Dahin zu kommen, wird nicht leicht. Ob wir den Weg zu diesem neuen Brandenburg finden  
162 und wie erfolgreich wir ihn beschreiten, hängt maßgeblich von der Politik ab. Vor allem aber  
163 hängt es davon ab, ob und wie Politik und Bürgerinnen und Bürger gemeinsam diese Rich-  
164 tung einschlagen und wie sie miteinander die Schrittfolge bestimmen.

165 Deswegen sagt die Koalition: Gemeinsinn und Erneuerung – das sind die Wegmarken in die  
166 Zukunft. Erneuerung und eigene Kraft – darauf haben brandenburgische Landesregierungen  
167 schon länger gesetzt. Mit Rot-Rot aber tritt der Gemeinsinn, treten das Solidarische, eine  
168 aktive Bürgergesellschaft als bestimmendes Element hinzu. Das bedeutet: Erneuerung mit  
169 Gemeinsinn, Erneuerung durch Gemeinsinn.

170

### 171 **Rot-Rot schafft Sicherheit in schweren Zeiten**

172 Mit dem Haushalt 2011 hat Brandenburg den ersten großen Schritt unternommen, um sich  
173 den neuartigen Herausforderungen zu stellen: soziale Verantwortung – gepaart mit sozialer  
174 Modernisierung – bei geringer werdenden finanziellen Mitteln. DIE LINKE will, dass dieser  
175 Kurs auch in den noch schwierigeren Folgejahren fortgesetzt wird.

176 Das heißt zuallererst: Was die Koalition beschlossen hat, hat Bestand. An den Programmen  
177 für die Personalausstattung in Schulen und Kitas, am Schüler-Bafög, an den Landesmitteln  
178 für den ÖBS, am Vergabegesetz ... halten wir fest.

179 Rot-Rot schafft Sicherheit in schweren Zeiten. Wir wollen und werden in diesen Zeiten auch  
180 weiterhin Entscheidungen treffen, die eine verlässliche und erträgliche Basis für die Verän-  
181 derungen bieten. Wir werden sie transparent machen und erläutern, wir werden um Zustim-  
182 mung ringen und auch selber dabei lernen.

183 Unsere Grundsätze der LINKEN lauten:

- 184 • Die Bereiche Bildung, Soziales, Wissenschaft – die Markenzeichen von Rot-Rot – wer-  
185 den weiter deutlich als Prioritäten erkennbar sein. Jeder Euro, der hier hin fließt, ist eine  
186 wichtige Investition in Gegenwart und Zukunft. Das ist unsere feste Überzeugung.
- 187 • Wir streichen nicht bei sozialen Leistungsgesetzen, wir streichen nicht Leistungen wie  
188 das Blindengeld, sondern setzen bei der vergleichsweise hohen Investitionsquote unse-  
189 res Landes an. Sie liegt derzeit bei 17,0 (2011) Prozent – zum Vergleich: in Sachsen sind  
190 es 16 Prozent und in Bayern knapp 12. Es bleibt unser Vorsatz – und wir werden täglich  
191 darum kämpfen: Wir sparen nicht auf Kosten der Zukunft; Substanz – bzw. Werterhaltung  
192 werden sichergestellt und eine moderne Infrastruktur gewährleistet.

- 193 • Die Entscheidung über die Kofinanzierung von Bundes- und EU-Mitteln in dieser Wahl-  
194 periode muss vor allem an den wesentlichen Zielen der Koalition ausgerichtet sein.  
195 Gleiches gilt für das politische Agieren Brandenburgs in Vorbereitung der neuen EU-  
196 Förderperiode nach 2013.
- 197 • Bei der Wirtschaftsförderung setzen wir verstärkt auf revolvingende Fonds. Die Zu-  
198 schussförderung wird dabei auf eine Darlehensförderung für Unternehmen umgestellt.
- 199 • Für die Kommunen sorgen wir durch die Neugestaltung des Kommunalen Finanzaus-  
200 gleichgesetzes (FAG) für so viel Stabilität wie möglich. Steigende Sozialausgaben  
201 tragen zu den Finanzierungsproblemen von Kommunen und Landkreisen in erheblichem  
202 Umfang bei. Wir halten es deswegen für wichtig und richtig, dass das Finanzministerium  
203 mit einem Gutachten nicht nur die Verteilung der Finanzmittel zwischen Land und Kom-  
204 munen untersuchen lässt, sondern auch Analysen und Aussagen zu der Frage in Auftrag  
205 gegeben hat, ob die sozialen Kostenbelastungen durch die Finanzausgleichssysteme des  
206 Bundes insgesamt adäquat ausgeglichen werden.
- 207 • Strengste Haushaltsdisziplin und die mittelfristig deutliche Absenkung der Nettoneu-  
208 verschuldung prägen die rot-roter Politik in Brandenburg - eine Politik, die sich mit der  
209 hohen Überschuldung des Landes nicht abfindet.

210 Den erforderlichen Abbau der Neuverschuldung betreibt DIE LINKE mit hohem sozialem  
211 Verantwortungsbewusstsein – und zwar für heute und morgen. Das Interesse der jungen  
212 Generationen besteht eben nicht nur darin, in der Zukunft nicht von den heute gemachten  
213 Schulden erdrückt zu werden, sondern es richtet sich nicht minder auf soziale Chancen-  
214 gleichheit, auf gute Bildung und nachhaltige Entwicklung heute.

215 Haushaltspolitik ist für uns aber nicht nur der intelligente Umgang mit weniger Geld – sie  
216 beinhaltet auch Einnahmeverbesserungen, wo dies möglich ist: So hat Brandenburg zum  
217 1. Januar 2011 die bundesweit höchste Grunderwerbssteuer eingeführt. Der Steuersatz ist  
218 von 3,5 auf 5 Prozent angehoben worden. Das Land erwartet dadurch gut 30 Millionen Euro  
219 Mehreinnahmen. Wer ein Grundstück für 100 000 Euro kauft, wird dadurch mit 1 500 Euro  
220 mehr an Grunderwerbsteuer belastet.

221 Also: DIE LINKE bleibt bei einer Haushaltspolitik mit Courage und Augenmaß. Wir führen  
222 das Land verantwortungsbewusst und gerecht durch die Krise und stellen die Weichen in zu  
223 Zukunft.

224

### 225 **Verantwortung in den Kommunen, Verantwortung für die Kommunen.**

226 Die Kommunen sind bundesweit in einer außerordentlich schwierigen finanziellen Situation.  
227 Rot-Rot in Brandenburg gibt deswegen den zunehmenden finanziellen Druck, der auf dem  
228 Land lastet, nicht blind an die Kommunen weiter. Bei wichtigen sozialen Vorhaben der Lan-  
229 desregierung – so etwa bei der Verbesserung des Betreuungsschlüssels in den Kitas – über-  
230 nimmt das Land Kosten, die sonst bei den Kommunen anfallen würden.

231 Zugleich sorgt die Koalition für einen solidarischen Umgang mit den Ressourcen. In den  
232 Haushaltsberatungen 2011 haben die Koalitionsfraktionen die Erhöhung des Hauptansat-  
233 zes für die Finanzbedarfsbemessung der kreisfreien Städte auf 150 durchgesetzt, um im  
234 Wege der interkommunalen Hilfe besondere Soziallasten abzufedern. Ein Demografiefaktor  
235 wurde eingeführt. Damit wird der Rückgang der Schlüsselzuweisungen aufgrund geringerer  
236 Einwohnerzahl abgebremst und eine Umverteilungswirkung zwischen „Speckgürtel“ und  
237 äußerem Entwicklungsraum zugunsten des äußeren Raumes erreicht. Mit der Finanzaus-  
238 gleichsumlage leisten zudem ab 2012 einkommensstarke Kommunen erstmals Abgaben für  
239 finanzschwache Gemeinden. Für dieses Jahr ist die Finanzausgleichsumlage zur Stärkung  
240 der allgemeinen Schlüsselzuweisungen in Höhe von 10 Mio. € vom Land übernommen wor-

241 den. Solidarität ist also keine Einbahnstraße.

242 Die kommunalen Haushalte sind aber – genauso wie der Landeshaushalt – auch mit einem  
243 zurück gehenden Volumen konfrontiert. Der Solidarpakt läuft für das Land und die Kommu-  
244 nen aus Welche Veränderungen es im Bereich der EU-Fördermittel ab 2014 geben wird, ist  
245 zwar bisher offen – dass sich daraus aber negative Wirkungen für die Kommunalhaushalte  
246 ergeben werden, scheint klar. Der Bevölkerungsrückgang kann nicht vollständig und vor al-  
247 lem nicht dauerhaft durch den Demografie-Faktor kompensiert werden. Und die Finanzlage  
248 des Landes wird es nicht erlauben, die Einnahmerückgänge bei den Kommunen auszuglei-  
249 chen.

250 DIE LINKE drängt darauf, dass das Land den Kommunen in dieser Situation – im Rahmen  
251 des Möglichen und mit der Vielfalt der politischen, nicht nur finanziellen Mittel – hilfreich zur  
252 Seite steht. Doch so, wie wir uns auf Landesebene den Herausforderungen stellen, werden  
253 wir das auch in den Kommunen tun. Der Grundsatz ist dabei derselbe: Soziale Verantwor-  
254 tung mit weniger Geld.

255 Konkrete Leitlinien des Landesverbandes kann es darüber hinaus jedoch nicht geben. Dazu  
256 sind die Bedingungen in den Regionen und einzelnen Kommunen zu unterschiedlich. Wichtig  
257 ist, dass DIE LINKE vor Ort – gemeinsam mit politischen Partnern innerhalb und außerhalb  
258 der kommunalen Vertretungen – zu angemessenen, der konkreten Lage angepassten Kri-  
259 terien für den Umgang mit den finanziellen Möglichkeiten und den politischen Spielräumen  
260 findet und diese dann auch umsetzen kann.

261 DIE LINKE verliert auch unter diesen Bedingungen ihr Ziel nicht aus den Augen: wir wollen  
262 starke Kommunen und mehr kommunale Selbstverwaltung.

263

#### 264 **In der „Normalität“ ankommen – und sie verändern!**

265 Für die Jahrzehnte des Übergangs Ostdeutschlands in die vereinte Bundesrepublik ist ein  
266 Ende absehbar; der Osten kommt in vielerlei Hinsicht in der bundesdeutschen Normali-  
267 tät an. Das heißt auch: Wir werden uns mehr und mehr an vergleichbaren Bundesländern  
268 messen müssen, wenn wir entscheiden, was Brandenburg sich leistet und was nicht. Diesen  
269 Weg in die Normalität aber nur als Weg hinab von Sonderzuweisungen zu betrachten, führt  
270 in die Irre. Dass Brandenburg künftig weniger EU-Mittel erhält, hat auch damit zu tun, dass  
271 unser Land nach 20 Jahren harter Arbeit der Bürgerinnen und Bürger nicht mehr zu den  
272 bedürftigsten Regionen der EU gehören wird und die Solidarität der Europäischen Union, die  
273 uns viel geholfen hat, nun anderen zukommen wird.

274 Zudem zeigen die Erfahrungen von Rot-Rot in den Ländern: Es sind durchaus Projekte  
275 möglich, die die Gesellschaft verändern, ihrer Entwicklung neue Akzente und teils auch eine  
276 neue Richtung geben.

277 Aber das alles bleibt begrenzt und fragil, so lange nicht auch im Bund ähnlich gerichtete  
278 Bestrebungen in Gang kommen, so lange im Bund eine gegenläufige Politik betrieben wird.  
279 Die schwarz-gelbe Bundesregierung spaltet das Land, spart zu Lasten der Ärmsten und auf  
280 Kosten der Normalverdiener. Große Themen bleiben unangetastet: Die wirtschaftliche Glo-  
281 balisierung ist voran geschritten, eine soziale und ökologische Globalisierung – die auch die  
282 Lebensverhältnisse in Deutschland stabiler machen muss – ist ausgeblieben.

283 Es heißt: Die Normalität, auf die wir uns einrichten, kann und wird aber nicht die Normalität  
284 von heute sein, vor allem nicht die „Normalität“, die die schwarz-gelbe Koalition im Bund  
285 schafft.

286 Das Land braucht eine andere Politik, Brandenburg braucht eine andere Politik des Bundes.  
287 Dafür setzt sich DIE LINKE ein.



288 Ein erster Schritt, der verdeutlicht, in welche Richtung wir strategisch streben, ist eine  
289 gemeinsame Bundesratsinitiative mit Berlin – eine Bundesratsinitiative für **mehr Steuerge-**  
290 **rechtigkeit.**

291 Bestandteil dieser Initiative sind die folgenden steuerpolitischen Maßnahmen:

- 292 • Eine deutliche Anhebung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommensbesteuerung  
293 unter Beibehaltung der derzeitigen Steuerprogression.
- 294 • Wiedereinführung der Vermögenssteuer
- 295 • Sozial gerechte Anpassungen der Erbschaftssteuer
- 296 • Weiterentwicklung der Gewerbesteuer durch deutliche Ausweitung der Bemessungs-  
297 grundlage

298 Wir setzen uns zudem für die zügige internationale Einführung einer Finanztransaktions-  
299 steuer von mindestens 0,05 Prozent auf alle börslichen und außerbörslichen Wertpapierum-  
300 sätze, Derivate- und Devisenumsätze. Diese Steuer soll in Deutschland zunächst mit einem  
301 Steuersatz von mindestens 0,01 Prozent erhoben werden. Erstemissionen sollen von der  
302 Finanztransaktionssteuer befreit sein.

303 Entsprechende Beschlüsse sind auf Initiative der LINKEN im Landtag gefasst worden.  
304 Diese politischen Initiativen sind über Brandenburg hinaus ausgerichtet. Wir wollen dabei  
305 auch eng mit unserer Bundespartei zusammen arbeiten.

306 Trotzdem stellen wir uns der Herausforderung, soziale Verantwortung mit weniger Geld  
307 wahrzunehmen. Auch wenn alle unsere Forderungen durchgesetzt sind, wird sich am Aus-  
308 laufen des Solidarpaktes, am demografischen Wandel und an den Veränderungen bei der  
309 EU-Förderung nichts geändert haben. Uns geht es mit dieser Initiative darum, die Kraft  
310 unseres Bundeslandes und unseres rot-roten Bündnisses für soziale Gerechtigkeit in der  
311 gesamten Bundesrepublik, für die gerechte Verteilung der Krisenlasten und für eine gerech-  
312 te Mobilisierung von Ressourcen für die Veränderungen zur Geltung zu bringen, die Deutsch-  
313 land und Europa insgesamt durchlaufen werden und durchlaufen müssen.

314

315 **Aktive Politik ist nicht allein die Verteilung von Geld – Leitbild für Brandenburg wei-**  
316 **ter entwickeln**

317

318 Politik ist stets mehr als die Verteilung finanzieller Mittel. Und wo die finanziellen Mittel zu-  
319 rückgehen, muss die Politik sich ihrer weiteren Gestaltungsräume bewusster werden. Dazu  
320 gehören Mut und Kreativität.

321 DIE LINKE in Brandenburg ist nach einer erfolgreichen, breite Kreise der Öffentlichkeit und  
322 der Fachwelt erfassenden Debatte über ein Leitbild für Brandenburg in die Landesregierung  
323 eingezogen. Unsere Leitidee von einem solidarischen Brandenburg, von einem Brandenburg  
324 der Regionen, hat sich als tragfähig erwiesen.

325 Jetzt ist es an der Zeit, dieses Leitbild im Licht der gemachten Erfahrungen und der konkre-  
326 ten Kenntnis der bestehenden Herausforderungen fortzuschreiben:

327 Wir müssen einerseits auf die Haushaltsslage und auf die demografische Entwicklung reagie-  
328 ren.

329 Und wir wollen andererseits den ökologischen Umbau und den technologischen Wandel  
330 befördern – und vor allem sozial gestalten. Das ist unsere Kernkompetenz.

331 Auf diesem Wege wollen wir gleichwertige Lebensverhältnisse in vielfältigen Regionen  
332 erreichen. Wir sehen demokratische Teilhabe weiter als Schlüssel für ein zukunftsfähiges  
333 Gemeinwesen an. Arbeit bleibt für uns zentrale Voraussetzung für ein Leben in Würde.

334 Die Zukunft liegt in der Bildung. Wir schreiten auf dem Weg zu einer nachhaltigen Wirt-  
335 schaftsstruktur voran. Wir wollen starke Städte und lebenswerte ländliche Räume. Wir

336 erhalten Brandenburg als Kulturland. Wir entwickeln eine handlungsfähige und bürgernahe  
337 Verwaltung. Wir sind fest verwurzelt im deutschen Föderalismus und streben seine solida-  
338 rische Weiterentwicklung an. Auf Augenhöhe mit Berlin entwickeln wir gemeinsam unsere  
339 Region. Wir sind aktiv in Europa und solidarischer Partner in der einen Welt.  
340 Mit unserer Regierungsbeteiligung haben wir die Chancen für die Neuorientierung der Politik  
341 vergrößert und sind erste Schritte gegangen. Erste Schritte sind nie das Ziel unserer Politik.  
342 Indem wir sie gehen, muss sichtbar und erfahrbar werden, in welche Richtung der zweite  
343 und dritte Schritt folgen sollen. Wir wollen Brandenburg dauerhaft sozial gerechter und  
344 ökologischer machen, durch einen Politikwechsel das Land verändern, mit Alternativen neue  
345 Perspektiven eröffnen und gestalten, unsere Projekte umsetzen.  
346 Wie wir das bis 2030 anpacken und umsetzen, was sich dabei bereits bewährt hat, was wir  
347 gelernt haben und was wir an neuen Ideen entwickeln können, wollen wir jetzt in den Jahren  
348 bis 2013 gemeinsam erarbeiten und öffentlich diskutieren.  
349

## Antrag A2

### Kommunale Selbstverwaltung stärken, Funktionalreform durchführen, Freiwilligkeit wahren

Einreicher: Landesvorstand

Wir wollen, dass es sich überall in Brandenburg gut leben lässt. Der Maßstab ist, wie Brandenburgerinnen und Brandenburger dort zurechtkommen, wo sie wohnen, ob sie sich wohl fühlen oder nicht, ob sie Chancen haben oder nicht, ob ihre Lebensweisen rechtlich gleichbehandelt werden oder nicht. Die Grundvoraussetzung dafür sind funktionierende, lebensfähige Gemeinwesen – Städte, Dörfer und Landkreise.

Die Finanznöte auf kommunaler Ebene sind überwiegend durch Verlagerung der Soziallasten von der Bundes- auf die kommunale Ebene verursacht, nicht durch kommunales Agieren.

Mit Reformen der Gebietsstrukturen lassen sich Probleme der Einnahme- und Ausgabestrukturen nicht lösen. Die in Brandenburg bisher vom Land, initiiert durch SPD und CDU, durchgesetzten Gebietsreformen, wie erneut eine öffentlich diskutiert wird, haben diese Probleme der Kommunen auch nicht gelöst.

DIE LINKE. Brandenburg setzt sich dafür ein, dass eine Weiterentwicklung der kommunalen Strukturen unter Wahrung des Prinzips der Freiwilligkeit erfolgt. Es soll nicht an die bisherige Vorgehensweise einschließlich des zwangsweisen Zusammenschlusses angeknüpft werden. Wir vertrauen in die Kraft der kommunalen Selbstverwaltung. Das schließt für uns ein, dass Kommunen in eigener Verantwortung Strukturen weiterentwickeln und notwendige Reformprozesse einschließlich der Anpassung an Effekte des demografischen Wandels durchführen. Dazu sind kurzfristige, landesweit einheitlich vorzunehmende Änderungen kein geeignetes Instrument, sondern langfristige Zeiträume müssen gedacht werden.

Die notwendigen Anpassungsprozesse infolge des demografischen Wandels sind vor allem Anpassungen der Infrastruktur, diese laufen bereits vielerorts. Die öffentliche Daseinsvorsorge ist zu sichern und muss sich den wandelnden Erfordernissen anpassen. Das Land muss das gewährleisten, die Einführung eines Demografiefaktors im Finanzausgleichsgesetz des Landes durch die rot-rote Koalition war ein Mittel dazu. Aber wie die Dinge organisiert werden – das muss in den Regionen selbst, das muss vor Ort entschieden werden können – mit klaren Kompetenzen und den nötigen Finanzen. Eine Schlüsselrolle dabei spielt die Neuverteilung der Aufgaben zwischen dem Land, den Kreisen und den Gemeinden. Mit neuen Entscheidungskompetenzen müssen die Planungs- und Koordinierungskompetenzen deutlich in Richtung der Kommunen verschoben werden. Auch das ist für uns Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung.

Wir wollen kooperative Ansätze von Kommunen in der Region befördern. Ziel ist eine Zusammenarbeit, bei der Städte und Gemeinden auf vertraglicher Grundlage gemeinsame Projekte realisieren. die Handlungsspielräume für kommunale Unternehmen und Einrichtungen, insbesondere durch Lockerung des Örtlichkeitsprinzips, erweitert und der Prozess der Rekommunalisierung wirtschaftlicher Unternehmen gefördert wird.

Eine breite Diskussion im Land ist notwendig. Es gibt keinen zeitlichen Druck für eine kommunale Gebietsreform. Die Innovationskraft der Kommunen ist Entscheidungen des Landes vorzuziehen. In der Diskussion und vor möglichen Entscheidungen auf Landesebene sind die kommunalen Akteure zu beteiligen, die Erfahrungen aus den bisherigen Gebietsreformen 1993 und 2003 sowie der Ämterreform 1992 zu erfassen und einzubeziehen sowie die zukünftige Aufgabenverteilung zwischen Land, Landkreisen, Städten und Gemeinden zu ent-

49 scheiden (Funktionalreform). Der Öffentliche Dienst ist auf kommunaler wie auf Landesebe-  
50 ne nicht bloßer Kostenfaktor, sondern motivierter Partner für innovatives Handeln. Verwal-  
51 tungsstrukturen müssen ständig auf allen Ebenen in Land und Kommunen dem geänderten  
52 Bedarf angepasst werden, dieser Prozess kann nicht durch einmalige Veränderungen ersetzt  
53 werden. Strukturen können und müssen bei den regionalen Unterschieden und Besonder-  
54 heiten im Land Brandenburg daher jeweils den Bedingungen in der Region entsprechen.  
55 Mit diesem Selbstverständnis wird sich DIE LINKE auch in die Arbeit der Enquetekommissi-  
56 on des Landtages einbringen.  
57 Es gilt weiterhin, gemeinsam gegen die Ignoranz der Bundesregierung hinsichtlich der Unter-  
58 finanzierung der Kommunen vorzugehen. Im Jahr 2011 wollen wir im Rahmen einer zwin-  
59 gend notwendigen Kommunalfinanzreform zunächst gegen die beabsichtigte Abschaffung  
60 der Gewerbesteuer und die Einführung sog. Kommunaler Aufschläge zur Einkommenssteuer  
61 kämpfen.

### **Begründung:**

*Eine Diskussion über Strukturen der Kommunalen Körperschaften in Brandenburg wurde seit Jahresbeginn auf Landesebene intensiv geführt und in den Medien widergespiegelt. Als Maßstab für zukunftssicheres Agieren wurden meist Einsparungen in Haushalten und Einwohnerzahlen in den Mittelpunkt gestellt, auch dem demografischen Wandel sollte entsprochen werden.*

*Einsparungen im Personalbereich sind seit der Kreisgebietsreform 1993 und Gemeindegebietsreform 2003 bereits genutzt worden, hier sind kaum Effekte bei den Ausgaben zu erwarten.*

*Über moderne Kommunikationsmittel ist bürgernahe Verwaltung zu sichern und auszubauen. Auch die Rahmenbedingungen dafür müssen geschaffen werden.*

### **Anhang**

#### **Auszug aus dem Landtagswahlprogramm 2009:**

#### **4. Gutes Leben in allen Regionen. Demokratie ausbauen, Rechtsstaat stärken, Toleranz leben**

Wir wollen, dass es sich überall in Brandenburg gut leben lässt. Der Maßstab dafür, ob und wie das gelingt, sind nicht Statistiken und Rankings, sind nicht Leuchttürme und Musterregionen hier und da. Der Maßstab ist, wie Brandenburgerinnen und Brandenburger dort zurechtkommen, wo sie wohnen, ob sie sich wohl fühlen oder nicht, ob sie Chancen haben oder nicht, ob ihre Lebensweisen rechtlich gleichbehandelt werden oder nicht. Das reicht von der konsequenten Umsetzung der Ansprüche der Landesverfassung über die der Antidiskriminierungsrichtlinien der Europäischen Union bis hin zur konsequenten Umsetzung der UNO-Konvention für Menschen mit Behinderungen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens.

Das meinen wir, wenn wir uns wieder und wieder für den Grundsatz unserer Landesverfassung stark machen, wonach es in allen Regionen Brandenburgs gleichwertige Lebensbedingungen geben soll.

#### **Starke Kommunen**

Die Grundvoraussetzung dafür sind funktionierende, lebensfähige Gemeinwesen – Städte, Dörfer und Landkreise.

Daher bedarf es auch weiterhin eines politischen Ausgleichs. Der Staat darf sich nicht weiter aus der Fläche zurückziehen. Privatisierungen verbieten sich bei Aufgaben, die im Interesse der Gemeinschaft unverzichtbar sind.

Die öffentliche Daseinsvorsorge ist zu sichern und muss sich den wandelnden Erfordernissen anpassen. Das Land muss das gewährleisten. Aber wie die Dinge organisiert werden – das muss in den Regionen selbst, das muss vor Ort entschieden werden können – mit klaren Kompetenzen und den nötigen Finanzen.

Eine Schlüsselrolle dabei spielt die Neuverteilung der Aufgaben zwischen dem Land, den Kreisen und den Gemeinden. Mit neuen Entscheidungskompetenzen müssen die Planungs- und Koordinierungskompetenzen deutlich in Richtung der Kommunen verschoben werden. Die Strukturen sind dabei an den Interessen der Einwohnerinnen und Einwohner zu orientieren. Kompetenzüberschneidungen, Doppelstrukturen, umständliche Verfahren und Kompetenzgerangel zwischen den Verwaltungsebenen müssen rigoros abgebaut werden. Über moderne Kommunikationsmittel ist bürgernahe Verwaltung zu sichern und auszubauen. Grundlage ist das Konnexitätsprinzip, also der untrennbare Zusammenhang von Aufgabenübertragung und Übertragung der erforderlichen Finanzmittel.

Auch die Rahmenbedingungen dafür müssen geschaffen werden. Dazu gehört für uns die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung. Kommunalpolitik ist in Brandenburg bisher das fünfte Rad am Wagen der Landespolitik. Wir setzen uns dafür ein, dass die Kommunalvertretungen in ihren Entscheidungs- und Kontrollrechten gegenüber der Verwaltung gestärkt werden, die Möglichkeiten moderner Informationsverarbeitung und Kommunikation realistisch bewertet und umgesetzt werden, die Handlungsspielräume für kommunale Unternehmen und Einrichtungen, insbesondere durch Lockerung des Örtlichkeitsprinzips, erweitert und der Prozess der Rekommunalisierung wirtschaftlicher Unternehmen gefördert wird.

### **Zentrale Orte**

Die flächendeckende Daseinsvorsorge wird über das System der zentralen Orte getragen. Der demografische Wandel, technologische und strukturelle Umbrüche im Wirtschaftsleben, soziale Verwerfung und veränderte Mobilität erfordern, dieses System auch mit der Landesentwicklungsplanung den neuen Erfordernissen anzupassen und zukunftsfähig zu gestalten. Insbesondere in den strukturschwachen Regionen mit schrumpfenden Einwohnerzahlen sind viele zentrale Orte schon heute auf Grund mangelnder wirtschaftlicher Tragfähigkeit nicht mehr in der Lage, die nötigen Versorgungs- und Dienstleistungen zu erbringen.

...

Nötig aber ist ein Systemwechsel. Aus unserer Sicht basiert ein solcher Systemwechsel auf drei Komponenten:

Zum Ersten braucht das Land eine ausgewogene Verteilung von starken Oberzentren, die jeweils das gesamte Spektrum der Daseinsvorsorge auf sich vereinen und für alle Nutzer im Einzugsbereich mit dem ÖPNV gut erreichbar sind. Gegebenenfalls ist auch hier eine weitere Konzentration auf die zentralen Orte der einzelnen Regionen sinnvoll.

Zum Zweiten kann auf den bestehenden Einrichtungen von zentralörtlicher Dimension in den Grund- und Mittelzentren aufgebaut werden, über deren Entwicklung als zukunftsfähige Träger der Daseinsvorsorge unabhängig vom Status des Ortes strikt nach den Kriterien der Qualität, Kapazität und Erreichbarkeit zu entscheiden ist.

Zum Dritten muss die interkommunale Zusammenarbeit vorangetrieben werden.

### **Interkommunale Zusammenarbeit**

In Brandenburg gibt es große Unterschiede – auch innerhalb von Landkreisen – und Ge-

meinsamkeiten über Kreisgrenzen hinweg.

Wir wollen kooperative Ansätze von Kommunen in der Region befördern. Ziel ist eine Zusammenarbeit, bei der Städte und Gemeinden auf vertraglicher Grundlage gemeinsame Projekte realisieren. Dies können neben Wasser und Abwasser auch der gemeinsame Betrieb einer Schule oder Kindereinrichtung, ein ÖPNV-Verbund oder auch eine gewerbliche Entwicklungsmaßnahme, die die Kraft und Kompetenz einzelner Partner übersteigt, sein. Das Potenzial der interkommunalen Zusammenarbeit wird gegenwärtig nicht ausgeschöpft. Dabei ist sie als wichtiger Schlüssel für eine Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung, für die Weiterführung der Funktionalreform und die Weiterentwicklung des kommunalen Finanzausgleichs zu betrachten. Das Gesetz zur kommunalen Gemeinschaftsarbeit ist daher entsprechend anzupassen, die Landkreise müssen dafür Verantwortung übernehmen können. Projekte interkommunaler Zusammenarbeit hat das Land stärker durch spezielle Förderprogramme und durch regelmäßigen Erfahrungsaustausch zu unterstützen. Im Rahmen der Experimentierklausel wollen wir entsprechende Spielräume schaffen.

...

### **Auskömmliche Kommunalfinanzierung**

Alle Reformen werden aber nur funktionieren und zu guten Lebensbedingungen beitragen, wenn die finanziellen Grundlagen stimmen. Derzeit aber entwickeln sich die Verhältnisse immer weiter auseinander; Schwächen werden nicht mehr ausgeglichen, sondern verschärfen sich. So geht es nicht weiter. Eine nachhaltige auskömmliche Kommunalfinanzierung ist mit den gegenwärtigen Regelungen im Finanzausgleichsgesetz nicht gewährleistet. Deswegen muss der kommunale Finanzausgleich verändert werden.

Unser Ziel besteht darin, dass der kommunale Anteil an den Einnahmen des Landes über die Verbundquote von 20 auf 22,5 Prozent erhöht, der Vorwegabzug von 50 Mio. Euro abgeschafft und Ausgleichsmechanismen zu Gunsten der finanzschwachen Gemeinden insbesondere in den ländlichen Gebieten, z.B. durch einen demografischen Faktor, ausgestaltet werden. ... Zugleich muss sich das Land auf Bundesebene konsequent für eine Gemeindefinanzreform einsetzen, durch die der Anteil der Kommunen am öffentlichen Finanzaufkommen erhöht wird.

### **Wohnen ist Menschenrecht**

Zur Verwirklichung dieser Zielstellung sind vielfältige Bedingungen zu erfüllen. Die dynamischen und strukturellen gesellschaftlichen Veränderungen erfordern ein komplexes und den sich vollziehenden Prozessen entsprechendes Handeln. Das Wohnen wird durch die unterschiedlichsten sozialen, ökonomischen und demografischen Prozesse beeinflusst. Die demografische Entwicklung zwingt zu notwendigen Korrekturen am Wohnungsmarkt.

...

### **5. Große Herausforderungen – schwierige Bedingungen**

...

Durch eine Konzentration der vorhandenen Mittel und Programme auf politische, soziale und wirtschaftliche Schwerpunkte müssen den großen und weiter zunehmenden regionalen Verschiedenheiten und unterschiedlichen Problemlagen im Land Rechnung getragen werden. Notwendige Strukturinvestitionen sowie die öffentliche Daseinsvorsorge müssen finanziert werden. Investitionen in den Ausbau der sozialen Infrastruktur und für mehr Beschäftigung sichern künftige Einnahmen des Gemeinwesens. Existenz sichernde Arbeitsplätze bringen höhere Steuereinnahmen und senken die Defizite der Sozialkassen.

... Wir werden bei der Ausgestaltung von Fördermitteln des Bundes und der Europäischen Union die Bedürfnisse der brandenburgischen Städte und Gemeinden besonders berücksichtigen.

sichtigen. Damit könnten ca. 100 Mio. Euro an zurückgehenden Zuweisungen des Bundes und der Europäischen Union inhaltlich kompensiert werden. Die revolvierenden Fonds sollten einen Umfang von 250 Mio. Euro umfassen, um auch in der Perspektive Investitionsförderung und Regionalentwicklung sicherzustellen.

Die rigide Personalplanung der Landesregierung ist eine der Ursachen für die vorhandenen strukturellen Defizite im Land. Sie muss an den tatsächlichen Bedarf angepasst werden, um Grundzüge der Entwicklung in Brandenburg sicherstellen zu können. Personalausgaben sind nicht nur ein Kostenfaktor, sondern auch eine Voraussetzung für die Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hand. Insbesondere im Bildungsbereich gibt es keine Alternative zu einem Stellenaufwuchs, um Zukunftsfähigkeit sicherzustellen.

Finanzpolitik mit Courage und Augenmaß – das heißt: in die Zukunft investieren, für die Zukunft konsolidieren und damit in der Gegenwart bestehen.

### **Auszug aus dem Koalitionsvertrag:**

#### **Innen- und Kommunalpolitik**

Die Koalitionspartner bekennen sich zu starken Landkreisen, Städten und Gemeinden als Fundament für das Land und Ausdruck des politischen Gestaltungswillens seiner Menschen. Sie sind Zentren des sozialen, kulturellen und politischen Lebens und stiften Identität in vertrauter Umgebung.

Voraussetzung einer lebendigen Demokratie und eines toleranten Zusammenlebens ist die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung. Dazu müssen ausreichende Gestaltungs- und Entscheidungsspielräume der Kommunen und die Eigenverantwortlichkeit unserer Landkreise, Städte und Gemeinden erhalten und möglichst ausgebaut werden. Die Entwicklung von Bürgerkommunen und Bürgerhaushalten wird befördert.

Die Landesregierung wird die Daueraufgabe der Verwaltungsmodernisierung konsequent fortsetzen. Ziel ist es, die Servicequalität und Leistungsfähigkeit der Verwaltung des Landes und seiner Kommunen weiter zu erhöhen und sie an die sich ändernden Rahmenbedingungen durch den demografischen und technischen Wandel und die sich verschlechternde Einnahmesituation der Haushalte von Land und Kommunen anzupassen.

Besonders vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklungen verdienen flexiblere Formen der Aufgabenerledigung besonderes Augenmerk. Die Landesregierung prüft deshalb, für welche Aufgaben die Gemeinde als erste Anlaufstelle für den Antragsteller tätig werden könnte (Front-Office-Prinzip), wie dies zum Beispiel bei der Entgegennahme des Antrages zur Fahrerlaubnis jetzt möglich ist.

Die Koalition hält eine verstärkte interkommunale Zusammenarbeit für erforderlich und wird entsprechende gesetzliche Regelungen insbesondere hinsichtlich unterer staatlicher Aufgaben nach Konsultation mit den kommunalen Spitzenverbänden schaffen. Bestehende kooperative Ansätze von Kommunen werden weiter befördert. Dabei sollen auch die Landkreise Unterstützung geben. Das Gesetz zur kommunalen Gemeinschaftsarbeit wird entsprechend angepasst.

Die Koalition hält eine flächendeckende Kreisgebietsreform nicht für notwendig.

Die Landesregierung wird die Leistungsfähigkeit der kreisfreien Städte hinsichtlich der Aufgabenerfüllung als untere staatliche Landesbehörde überprüfen. Die Koalition unterstützt freiwillige Zusammenschlüsse von Landkreisen bzw. von Landkreisen mit kreisfreien Städten.

Der Prozess der Funktionalreform wird fortgesetzt. Es werden zusätzliche Aufgabenverlage-

rungen vom Land auf die Landkreise und von den Landkreisen auf die Gemeinden geprüft. Die Möglichkeiten der Standardabweichung und zur Flexibilisierung kommunaler Standards werden ausgebaut.

In dieser Legislaturperiode werden Ergebnisse und Tragfähigkeit der 2003 durchgeführten Gemeindegebietsreform evaluiert; in diesem Zusammenhang wird auch geprüft, ob auf die übergemeindliche Organisationsform der Ämter verzichtet werden kann.

Die Koalition bekennt sich zu einer Daseinsvorsorge vor allem durch die öffentliche Hand, dazu ist die wirtschaftliche Betätigung von Kommunen notwendig. Eine hochwertige Versorgung mit wichtigen Dienstleistungen soll für alle Bürger dauerhaft zugänglich und bezahlbar bleiben. Mit dem Ziel einer Stärkung der kommunalen Handlungsspielräume wollen wir die Rahmenbedingungen für die öffentliche Daseinsvorsorge verbessern.

Die Kommunalverfassung und die weiteren Änderungen kommunalrechtlicher Vorschriften werden bis zum 31. Dezember 2011 offen und transparent evaluiert.

Die Koalitionspartner prüfen, ob junge Menschen früher mitentscheiden und daher schon mit 16 Jahren an den Kommunalwahlen teilnehmen dürfen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürger ebenfalls an den Kommunalwahlen teilnehmen dürfen.

...

Mit der Föderalismusreform wurden wesentliche Regelungskompetenzen des Beamten- und Laufbahnrechts sowie des Besoldungs- und Versorgungsrechts auf die Länder verlagert. Nach der bereits erfolgten Anpassung des allgemeinen Statusrechts und des Laufbahnrechts sowie den vorbereiteten staatsvertraglichen Regelungen zur länderübergreifenden Versorgungslastenteilung steht nun die Novellierung des Landesbesoldungs- und Versorgungsrechts sowie des übrigen Dienstrechts an.

Die beamten-, besoldungs- und versorgungsrechtlichen Bestimmungen werden dahingehend geändert, dass sie einen Personalaustausch zwischen den brandenburgischen Kommunen und der Landesverwaltung sowie der Landesregierung erleichtern. Damit wird eine wesentliche Voraussetzung dafür geschaffen, dass sich künftig mehr qualifizierte Landesbedienstete auf Funktionen in den Kommunen bewerben können.

Das Landespersonalvertretungs-Gesetz wird in enger Abstimmung mit den Gewerkschaften novelliert.

...

Schneller, einfacher und kostengünstiger – gutes Verwaltungshandeln muss für die Bürger und die Wirtschaft deutlich spürbarer werden. Vorrangige Ziele sind hierbei Bürgernähe, Servicequalität, bessere und verständlichere Gesetze sowie weitere Reduzierung der Bürokratiekosten. Um diese Ziele zu erreichen, wird der eingeleitete Prozess unter Einbindung der Instrumente der Verwaltungsmodernisierung und des e-government weiter fortgesetzt. Der Wirtschaftsstandort Brandenburg wird so attraktiver, die Verwaltung profitiert von effizienteren Prozessen und Strukturen. Bürger und Wirtschaft sollen alle wichtigen Verwaltungsleistungen einfach und rasch ohne besondere Kenntnisse von Zuständigkeiten und ohne technisches Spezialwissen elektronisch abwickeln können. Die Brandenburger Verwaltung soll unabhängig von Zeit und Ort ihre Serviceleistungen anbieten. Umfangreiche Online-Informationen, die elektronische Bereitstellung von Formularen, E-Mail-Erreichbarkeit und automatisierte Verfahrensabläufe sollen den Austausch zwischen Bürgern, Unternehmen und Verwaltung erleichtern und die Kosten für die Wirtschaft und die öffentliche Verwaltung senken.

Land und Kommunen sollen enger als bisher bei der Einführung und Nutzung von Instrumen-



ten des e-government zusammen arbeiten.

Wir setzen uns dafür ein, die Residenzpflicht für Asylbewerber und geduldete Ausländer abzuschaffen.

Die Koalitionsparteien wollen erreichen, dass die Regelung des § 58 Asylverfahrensgesetz gemeinsam mit dem Land Berlin großzügig gehandhabt wird. Wir befürworten, dass die zuständigen Kommunen das Sachleistungsprinzip durch Geldleistungen ersetzen können. Die Landesregierung spricht sich für eine Verlängerung der Bleiberechtsregelung über das Jahr 2009 hinaus aus. ... Demokratie lebt vom Mitleben, vom Mitgestalten der Bürgerinnen und Bürger. Ausgehend vom Auftrag der Brandenburger Landesverfassung wollen die Koalitionspartner in diesem Sinne die bestehenden demokratischen Mitwirkungs- und Gestaltungsrechte der Bürgerinnen und Bürger ausbauen und damit dem Trend zunehmender Politikverdrossenheit entgegenwirken.

...

### **Handlungsfähigen öffentlichen Dienst sichern**

Eine tatkräftige Regierung und ein handlungsfähiger Staat brauchen einen starken, kompetenten und gut motivierten Öffentlichen Dienst. Die Bediensteten des Landes haben in den zurückliegenden Jahren und Jahrzehnten für die Entwicklung Brandenburgs viel geleistet. Zugleich steckt der Öffentliche Dienst in unserem Land vor großen Herausforderungen. Der Anteil der älteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wird steigen, während die Zahl der öffentlichen Bediensteten bis zum Ende des Jahrzehnts stetig abnehmen wird. In manchen Verwaltungsbereichen besteht Bedarf an speziell ausgebildetem Personal und gut ausgebildeten Nachwuchskräften, während an anderer Stelle Bedienstete tätig sind, die dort ihre Kraft und ihre Fähigkeiten nicht voll ausschöpfen können. Die zur Verfügung stehenden Mittel in den öffentlichen Kassen Brandenburgs gehen weiter zurück, wobei die Ausgaben für die Altersversorgung der ehemaligen Bediensteten gleichzeitig ansteigen werden. Die Koalition wird deshalb die Leistungsfähigkeit des Öffentlichen Dienstes und eine bürgernahe und effektive Aufgabenerledigung durch eine ressortübergreifende Personal- und Einstellungspolitik gewährleisten.

...

Zur deutlichen Verbesserung der Lage im Bildungsbereich sorgt die Koalition auch im Kita-Bereich für Fortschritte. Durch eine Verbesserung der Betreuungsschlüssel in den Kitas ist mit der Einstellung von ca. 1000 Erzieherinnen und Erziehern (über 800 Vollzeitstellen) landesweit zu rechnen.

# 1 Antrag A3

## 2 Gemeinschaftsschule auf den Weg bringen

### 3 Einreicher: LV und LAG Schule

4  
5  
6  
7 Das gegenwärtige Brandenburger Bildungssystem ist aus Sicht der LINKEN nicht zukunftsfähig, weil

- 8  
9
- 10 • es nicht für alle Kinder Chancengleichheit sichert
  - 11 • es den Anforderungen an eine hohe Unterrichtsqualität für alle Schülerinnen und Schüler nicht gerecht wird
  - 12 • es durch die frühzeitige Auslese die Bildungschancen von Kindern einschränkt
  - 13 • es maßgeblich vom sozio-ökonomischen Status der Eltern abhängt, welche Bildung Kinder
  - 14 • genießen können
  - 15 • es den demografischen Herausforderungen, vor denen Brandenburg in den kommenden
  - 16 Jahren steht und in verschärftem Maße nach 2020 angesichts des „demografischen
  - 17 Echos“ stehen wird, nicht gewachsen ist.
  - 18
  - 19

20  
21 Die rot-rote Koalition hat sich in ihrem Koalitionsvertrag vorgenommen, ein Programm „Gute Bildung für alle von Anfang an“ aufzulegen.

22  
23 Dazu zählt u. a. die bereits realisierte Erhöhung der Qualität der Bildungsarbeit in den Kindertagesstätten durch die Verbesserung des Betreuungsschlüssels für die 0- bis 3-Jährigen

24 auf 1 Erzieherin für 6 Kinder, und für die 3- bis 6-Jährigen auf 1 zu 12 sowie die Änderung

25 der Kita-Personalverordnung.

26

27 Um mehr Kindern aus einkommensschwachen Familien den Weg zum Abitur zu erleichtern,

28 hat die Koalition ein „Schülerbafög“ aufgelegt Der Schulsozialfonds, der in sozialen Not-

29 fällen zeitnah und unbürokratisch bedürftigen Kindern die Teilnahme an kostenpflichtigen

30 Ganztagsangeboten oder Exkursionen ermöglicht, wird fortgesetzt.

31 Die Schulabbrecherquote soll halbiert werden.

32 Eine Lehrer-Schüler-Relation von 1 zu 15,4 soll während der gesamten Legislatur sicherge-

33 stellt werden.

34 Ungeachtet dieser und weiterer bildungspolitischer Vorhaben der Koalition, die zweifellos

35 dazu beitragen können, Schule in Brandenburg besser zu machen, können Grundmängel

36 des bestehenden Systems damit kaum überwunden werden. Es muss – auch angesichts der

37 demografischen Entwicklung und des sich abzeichnenden Fachkräftemangels darum ge-

38 hen, keinen zurück zu lassen und allen hohe Bildung zu ermöglichen. Dazu braucht es eine

39 andere bildungspolitische Strategie. Es ist uns jedoch lediglich gelungen, längeres gemein-

40 sames Lernen in der Präambel des Koalitionsvertrages zu verankern. Erste Schritte wurden

41 definiert, bisher aber noch nicht realisiert.

42

43 Die Leitgedanken der Bildungspolitik der LINKEN sind nach wie vor die Entkopplung von Bil-

44 dungserfolg und sozialer Herkunft, die Realisierung qualitativ hochwertiger Bildung für alle,

45 keine Auslese, sondern langes gemeinsames Lernen und individualisierter Unterricht.

46

47 Deshalb hält DIE LINKE an ihrem langfristigen bildungspolitischen Ziel, der Schaffung einer

48 Gemeinschaftsschule, fest.

49 Die Gemeinschaftsschule von Klasse 1 bis Klasse 12/13 ist eine leistungsfähige, inklusive,  
50 geschlechtergerechte und demokratische Schule, die das Bildungsniveau aller SchülerInnen  
51 hebt und die Begabungsförderung ebenso wie den Nachteilsausgleich gewährleistet. Sie  
52 stärkt die schulischen wie auch sozialen Kompetenzen aller. Sie verringert die soziale Ausle-  
53 se und erhöht die Bildungschancen aller dadurch, dass sie nicht sozial ausgrenzt  
54 Die Schaffung der Gemeinschaftsschule erschöpft sich nicht in einer Änderung der Schulst-  
55 ruktur. Die Strukturveränderung ist eine notwendige, aber keineswegs ausreichende Voraus-  
56 setzung für bessere Leistungen und mehr Chancengleichheit. Sie muss verbunden werden  
57 mit einer neuen Unterrichtskultur und einer Schulkultur, die auf Chancengleichheit und die  
58 Individualität der SchülerInnen ausgerichtet ist.

59  
60 Die Einführung der Gemeinschaftsschule ist ein langfristiger Prozess, der weit über eine  
61 Legislaturperiode hinausgeht. Er muss politisch gewollt, rechtlich und finanziell abgesichert  
62 und wissenschaftlich begleitet werden.

63  
64 Die LINKE in Brandenburg setzt sich dafür ein, zunächst in dieser Legislatur Voraussetzun-  
65 gen für die Einführung der Gemeinschaftsschule zu schaffen, um in der nächsten Legislatur  
66 deren Umsetzung in Angriff nehmen zu können

67 Um die Voraussetzungen für die Einführung der Gemeinschaftsschule zu schaffen, halten wir  
68 folgende Schritte für nötig:

- 69
- 70 • Die Durchlässigkeit der bestehenden Schulformen muss erhöht werden.
  - 71 • Die Kooperation von Grund- und weiterführenden Schulen muss intensiviert werden.
  - 72 • Die Gesamtschulen mit gymnasialer Oberstufe müssen gestärkt werden, weil sie dem  
73 pädagogischen Konzept der Gemeinschaftsschule am nächsten kommen.
  - 74 • Die Lehrerausbildung muss weiter reformiert werden in Richtung von mehr Praxisnähe  
75 und von mehr Kompetenz zum Umgang mit heterogenen Gruppen.
  - 76 • Es müssen verstärkt Fortbildungsangebote zur weiteren Befähigung der Lehrkräfte zu  
77 individueller Förderung unterbreitet werden.

### **Begründung:**

*Bildung ist eine Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge. Sie ist ein unveräußerliches Menschenrecht, das durch freien Zugang zu den Bildungseinrichtungen unabhängig vom sozialen Status gewährleistet werden muss.*

*Das gegenwärtige Bildungssystem in Deutschland – Brandenburg eingeschlossen – sichert keineswegs allen Kindern Chancengleichheit.*

*Der Abbau der bestehenden Ungleichheiten muss deshalb im Mittelpunkt der Modernisierung des Bildungswesens stehen. Das kann aus Sicht der LINKEN am besten gewährleistet werden durch eine Schule, in der Kinder möglichst lange gemeinsam lernen – eine Gemeinschaftsschule. Die Gemeinschaftsschule bedeutet, einen grundlegenden Wandel in der Bildungspolitik zu vollziehen, Er kann nur gelingen, wenn es dafür gesellschaftliche Mehrheiten gibt, wenn er auf einem gesellschaftlichen Grundkonsens beruht. Dieser kann nur Ergebnis einer breiten demokratischen Debatte sein.*

*Dazu gehört der Dialog mit allen an Bildung Beteiligten, mit Lehrkräften, SchülerInnen, Eltern und kommunalen Akteuren. Mit ihnen gilt es, konsensfähige Schritte zur Gemeinschaftsschule zu erarbeiten, um auf diese Weise eine demokratische Mehrheit herzustellen. Nur so kann die Gemeinschaftsschule entwickelt werden – sie muss „von unten“ wachsen, eine administrative Einführung „von oben“ lehnen wir ab.*

# Antrag A4

## Anforderungen an eine moderne brandenburgische Wasserpolitik

Einreicher: LAG Umwelt

**Der Parteitag möge beschließen:**

### **Anforderungen an eine moderne brandenburgische Wasserpolitik**

#### **Vorbemerkung**

Der richtige Umgang mit der Ressource Wasser in Brandenburg gehört zu den großen Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte. Das Jahr 2010 hat dies mit seinen Dürrezeiten im Sommer und Hochwasserereignissen im Herbst deutlich vor Augen geführt und steht für zu erwartende Entwicklungen vor dem Hintergrund des Klimawandels. Die Bewirtschaftung der Gewässer muss Wasserrückhaltung ebenso berücksichtigen wie Hochwasserschutz, muss die EU-Wasserrahmenrichtlinie umsetzen und darf dabei das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit nicht aus den Augen verlieren. Mit anderen Worten: Sie muss den Grundsätzen der Nachhaltigkeit mit ihren drei Dimensionen Soziales, Ökologie und Ökonomie gerecht werden.

20

Das zuletzt 2008 novellierte Brandenburgische Wassergesetz erfüllt diese Anforderungen nicht. So hatte der damalige Nachhaltigkeitsbeirat des Landes den Gesetzentwurf komplett zurückgewiesen und eine grundlegende Überarbeitung empfohlen, damit „ein Gesetz erarbeitet werden kann, das ... eine neue Qualität aufweist und den Erfordernissen der neuen Rahmenbedingungen (z.B. Anpassung an die Folgen des Klimawandel, der demografische Wandel und der nachteilige Einfluss auf die leitungsgebundene Infrastruktur, eine nachhaltige Entwicklung) gerecht wird.“ Ein Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE mit dem Ziel, diese Forderungen im Wassergesetz umzusetzen, wurde von der damaligen Landtagsmehrheit abgelehnt.

2011 steht eine erneute Novellierung des Wassergesetzes an, die formal vor allem dadurch notwendig wird, dass aufgrund der konkurrierenden Gesetzgebung nach der Föderalismusreform eine Anpassung an das Wasserhaushaltsgesetz des Bundes notwendig ist. Nach der vernichtenden Kritik am Gesetz 2008 und vor dem Hintergrund steigender Herausforderungen an eine nachhaltige Wasserwirtschaft kann sich die rot-rote Koalition aber nicht auf eine rein formale Gesetzesanpassung beschränken. Schließlich hat sie im Koalitionsvertrag einen „neuen Umgang mit der Ressource Wasser“ vereinbart.

Ein neuer Umgang mit der Ressource Wasser ist erforderlich und dieser bedarf einer gesetzlichen Grundlage.

Dieser Satz aus der Koalitionsvereinbarung für die 5. Wahlperiode des Brandenburger Landtages ist wegweisend für die künftige linke Politik im Land. Ausgehend von der vorgesehenen Gesetzesnovellierung zum Brandenburgischen Wassergesetz schlagen wir die Umsetzung folgender Schwerpunkte der Wasserpolitik im Land vor.

#### **Wassernutzungsentgelt am Verursacherprinzip orientieren und als Steuerungsinstrument nutzen**

Die Entnahme von Grundwasser stellt in jedem Fall einen Eingriff in den Landschaftswasserhaushalt dar. Dies fördert die weitere Absenkung des Grundwasserspiegels, die Aus-

49 trocknung der Landschaft und die, auch durch den fortschreitenden Klimawandel, immer  
50 spärlicher stattfindende Grundwasserneubildung. Bei der Entnahme von Grundwasser sind  
51 insbesondere

- 52 • die Entnahme im Rahmen bergbaulicher Nutzungen
- 53 • die Entnahme für die Bewässerung landwirtschaftlicher Kulturen

54 zu berücksichtigen. Zwar stellt der bisherige § 40 des BbgWG hierfür ein geeignetes Instru-  
55 ment dar. Die bisherigen Regelungen sind aber zwingend verbesserungsbedürftig, da sie mit  
56 einer Vielzahl von Ausnahmen versehen sind. Daher fordern wir:

57  
58

### 59 **Bergbau/Energie**

60 Die in § 40 des Wassergesetzes vorgesehenen Ausnahmeregelungen für die Freihaltung von  
61 Tagebauen sind nicht akzeptabel. Damit würde in der Praxis lediglich der bis 2004 geltende  
62 Zustand wieder hergestellt.

63 Es ist begrüßenswert, aber keineswegs ausreichend, wenn der vergünstigte Satz für das von  
64 Bergbauunternehmen entnommene und genutzte Grundwasser entfällt (§ 40 Abs. 4 Nr.7).  
65 Denn durch die Befreiung „wiedereingeleiteten“ Wassers vom Nutzungsentgelt würden  
66 weiterhin all jene Wasserentnahmen freigestellt, die über Jahrzehnte zu massiven Proble-  
67 men des Wasserhaushaltes in der Lausitz geführt haben, von der großflächigen Absenkung  
68 des Grundwassers mit Trockenfallen ganzer Feuchtgebiete und Fließgewässer, ungewollten  
69 Vernässungen beim Wiederanstieg und Schadstoffbelastungen der vom Bergbau geprägten  
70 Gewässer. Mit allen diesen Problemen muss die Gesellschaft fertig werden. Es ist deshalb  
71 mehr als gerechtfertigt, wenn der Verursacher Wassernutzungsentgelt auch für Wasser  
72 zahlen muss, welches er dem Grundwasser entnimmt und dann in Oberflächengewässer  
73 einleitet oder als Kühlwasser verdampft.

74 Dies würde zu geschätzten Mehreinnahmen von über 20 Millionen € jährlich vom Bergbau-  
75 konzern Vattenfall führen, die für wasserwirtschaftliche Aufgaben im Land dringend benötigt  
76 werden. Die Regelung könnte über eine sachgerechte Definition der „nachteiligen Verände-  
77 rung“ eingeleiteten Wassers erfolgen oder durch eine Regelung, wonach nur solches Wasser  
78 vom Nutzungsentgelt befreit ist, dass in denselben Wasserkörper eingeleitet wird aus dem  
79 es entnommen wurde.

80 Zudem muss der Entgeltsatz für den Verbrauch von Kühlwasser erhöht werden, damit das  
81 Wassernutzungsentgelt die nötige Steuerungswirkung entfalten kann.

82

### 83 **Landwirtschaft**

84 Der § 40 Abs. 1 des Wassergesetzes enthält die nicht belegbare Festlegung, dass 93 % des  
85 für die landwirtschaftliche Bewässerung entnommenen Wassers als „wieder eingeleitet“ gel-  
86 ten und damit nicht dem Wassernutzungsentgelt unterfallen. Diese durch keinerlei wissen-  
87 schaftliche Studien gedeckte gesetzliche Regelung ist letztlich eine Subventionierung der  
88 Landwirtschaft, die von der Zielsetzung her nachvollziehbar ist, weil die Landbewirtschaf-  
89 tung vielfach auf Bewässerung angewiesen ist. Sie führt jedoch in einen Teufelskreis, weil  
90 sich durch die Grundwasserentnahme der Landeswasserhaushalt weiter verschlechtert und  
91 Wassermangel zunimmt. Diese Vergünstigung für die landwirtschaftliche Wassernutzung  
92 sollte deshalb als Steuerungsinstrument für sparsame Wassernutzung ausgestaltet wer-  
93 den, indem sie an sparsame Techniken der Bewässerung geknüpft wird (z.B. nur nächtliche  
94 Beregnung, oder Festlegung einer flächenbezogenen maximalen Entnahmemenge und der  
95 Nachweis eines maximalen Wasserrückhaltes auf den bewirtschafteten Flächen). Die Nut-  
96 zung von Wasser zur Bewässerung von Kleingärten die über übliche Wasserzähler abgerech-

97 net wird, unterliegt nicht der hier angestrebten Neuregelung. Weiterhin ist auch die Nutzung  
98 von Grundwasser aus bestehenden Brunnen zur Gartenbewässerung wie bisher möglich.  
99 Der Gesetzgeber muss beachten, dass soziale und ökologische Härten vermieden werden.  
100 Das gilt besonders beim Obst- und Gemüseanbau, deren Rolle bei der Erhaltung der Kultur-  
101 landschaft, als Arbeitgeber im ländlichen Raum und als Träger der touristischen Entwicklung  
102 honoriert werden soll.

103

#### 104 **Zieldefinition der Gewässerunterhaltung prüfen**

105 In Zeiten des Klimawandels ist Wasserrückhalt mindestens in gleicher Weise ein Ziel der  
106 Gewässerunterhaltung wie Wasserabfuhr in niederschlagsreichen Perioden. In der Vergan-  
107 genheit haben einzelne Wasser- und Bodenverbände darauf hingewiesen, dass Maßnahmen  
108 zum Wasserrückhalt und zur Wasserspeicherung nicht ausreichend durch die gesetzliche  
109 Definition der Gewässerunterhaltung gedeckt seien. Dies sollte geprüft und falls notwendig  
110 behoben werden, eventuell auch als Abweichungsregelung zum Wasserhaushaltsgesetz des  
111 Bundes.

112 Management heißt Wasserrückhalt bei Überschuss und Zurverfügungstellung bei ökologi-  
113 schem und produktivem Bedarf. Das wird vor allem an den Oberläufen der Flüsse geregelt  
114 werden. Mit den polnischen und tschechischen Nachbarn sollte mit Hilfe der EU ein System  
115 von Retentionsflächen aufgebaut werden.

116

117

#### 118 **Projekte zur Wasserrückhaltung erleichtern**

119 Träger von Projekten der Wiedervernässung beklagen häufig, dass selbst für kleine Renatu-  
120 rierungsmaßnahmen, die keine nachteilige Wirkung auf Dritte entfalten können, aufwändige  
121 Genehmigungsverfahren erforderlich sind. Hier sind dringend Vereinfachungen bei den  
122 Genehmigungsverfahren einzuführen. Gerade die Sanierung von Kleingewässern oder der  
123 Rückbau von Fließgewässern und Meliorationsanlagen sind dringend für die Verbesserung  
124 des Landschaftswasserhaushaltes erforderlich. Im Koalitionsvertrag wird ein Moorschutz-  
125 programm für unser Land gefordert, um die Funktionsfähigkeit der noch vorhandenen  
126 Moorflächen als Wasserspeicher, Kohlenstoffsенke und Lebensraum zu erhalten bzw. wieder  
127 herzustellen. Hierbei muss auch das Mitwirken von Umweltverbänden und anderen bürger-  
128 schaftspflichtigen Initiativen durch Planungerleichterungen gewährleistet werden und dies  
129 auch so im § 129a seinen Niederschlag finden.

130

#### 131 **Gewässerunterhaltung ökonomischer gestalten und gerechter finanzieren**

132 Die Organisation und Finanzierung der Unterhaltung der Gewässer 2. Ordnung war schon  
133 2008 das meistdiskutierte Thema bei der Novellierung des Wassergesetzes. Die damals  
134 beschlossene Lösung kann nicht befriedigen, denn sie ist ungerecht da sie nicht am Verur-  
135 sacher- oder Vorteilsprinzip ausgerichtet ist. Sie bietet keinen Anreiz zur Prüfung der ökono-  
136 mischen Berechtigung von Unterhaltungsmaßnahmen. Folgende Vorschläge aus der Diskus-  
137 sion 2008 sollen erneut aufgegriffen und gründlich geprüft werden:

- 138 • Mitgliedschaft der Flächeneigentümer in den Wasser- und Bodenverbänden, um ein  
139 direktes Mitspracherecht der Beitragszahler zu ermöglichen. Die 2008 eingeführte  
140 Beiratsregelung ist zu evaluieren (betrifft Gesetz über die Bildung von Gewässerunterhal-  
141 tungsverbänden).
- 142 • Einführung eines nutzungsabhängigen Vorteils- und Verursacherprinzips bei der Umlage  
143 der Beiträge statt des einheitlichen Flächenmaßstabs. Dies ist auch eine Forderung aus  
144 dem Wahlprogramm 2009 der LINKEN. Möglich ist eine Differenzierung nach bebauten

145 und unbebauten Flächen oder auch eine weitergehende Differenzierung nach Nutzungs-  
146 art.

- 147 • Aufgabe der Unterhaltungspflicht durch die Wasser- und Bodenverbände für untergeord-  
148 nete Gräben, deren Unterhaltung nicht im öffentlichen Interesse liegt.
- 149 • generelle Beitragsbefreiung von Naturschutzflächen, die keiner Bewirtschaftung unterlie-  
150 gen oder dem Ziel der Wiedervernässung dienen.

151

### 152 **Naturnahe Entwicklung in Deichvorländern ermöglichen**

153 In § 100c (Referentenentwurf § 102) ist geregelt, dass die Wasserbehörde gegenüber dem  
154 Eigentümer oder Nutzungsberechtigten anordnen kann, Bewuchs in Deichvorländern zu  
155 entfernen. Diese Regelung kollidiert mit Naturschutzrecht, weil es sich dabei in der Regel  
156 um geschützte Auwaldelemente handeln wird. Die Regelung ist nicht notwendig und soll  
157 ersatzlos gestrichen werden.

158

### 159 **Neuorientierung der Abwasserentsorgung und -verwertung**

160 Die dezentrale Abwasserentsorgung sowie die Abwasserverwertung sollen als Ziel der  
161 Abwasserbewirtschaftung formuliert werden. Folgender Regelungsbedarf besteht (teilweise  
162 auch im Kommunalabgabengesetz):

- 163 • Gleichrangigkeit von Kleinkläranlagen vor Neuanschluss an zentrale Abwassersysteme
- 164 • kein Anschlusszwang für Grundstücke mit eigener Kleinkläranlage oder Abwasserwie-  
165 derverwertung
- 166 • garantierte Betriebsgenehmigung für Kleinkläranlagen für 15 Jahre
- 167 • Vorrang der Verwendung gereinigten Abwassers zur Verbesserung des Landschaftswas-  
168 serhaushaltes (z.B. Vernässung von Feuchtgebieten, Verrieselung, Bewässerung), soweit  
169 keine Gründe des Gewässer- und Bodenschutzes dagegen sprechen.
- 170 • es muss eine gesetzliche Regelung zur Erstellung von Abwasserkonzepten für einzelne  
171 Regionen erfolgen. Dabei ist die Nachhaltigkeit und der demographische Wandel zu  
172 berücksichtigen. Daran lässt sich erkennen, wo zentrale und dezentrale Lösungen ökolo-  
173 gisch und wirtschaftlich sinnvoll sind.

## 1 Antrag A5

### 2 3 Ökologische Komponente der sozialen Erneuerung Brandenburgs 4 stärken

5  
6 Einreicher: LAG Umwelt

7  
8 Der Brandenburger Landesverband der LINKEN bekräftigt, dass die soziale Gestaltung und  
9 Erneuerung Brandenburgs einer starken ökologischen Komponente bedarf, um eine nach-  
10 haltige und damit zukunftsfähige Entwicklung des Landes zu ermöglichen.

11  
12 Der Brandenburger Landesverband der LINKEN fordert deshalb den Landesvorstand und die  
13 Landtagsfraktion auf,

- 14 1. bei anstehenden Gesetzgebungsverfahren (z.B. Wassergesetz, Vergabegesetz) konse-  
15 quent Belange der Nachhaltigkeit und des Umweltschutzes berücksichtigt werden.
- 16 2. das die Landtagsfraktion der LINKEN darauf einwirkt, dass bei Gesetzesvorlagen auch  
17 immer dafür eingetreten wird, dass bei einem Nachhaltigkeitscheck (Nachhaltigkeitsprü-  
18 fung) auch die ökologischen Auswirkungen dargestellt werden.

## 24

### **Begründung:**

*„Brandenburg sozial und ökologisch erneuern“ lautete eine Überschrift im Wahlprogramm der Brandenburger LINKEN zur Landtagswahl 2009. Klimawandel, Verlust der Artenvielfalt und Gefährdung der Umwelt sind gesellschaftliche Herausforderungen, die unmittelbare Rückwirkungen auf soziale Belange der Brandenburger Bevölkerung zeigen. Gefragt ist deshalb eine Gesamtstrategie, die im Sinne der Nachhaltigkeit soziale, ökologische und ökonomische Aspekte gleichrangig berücksichtigt.*

*Anstehende Gesetzesvorhaben eröffnen die Möglichkeit, den ökologischen Aspekt der Nachhaltigkeit in gesellschaftliches Handeln umzusetzen. Der damalige Nachhaltigkeitsbeirat hatte das Wassergesetz 2007 scharf kritisiert. Rot-rot soll bei der anstehenden Novellierung ein Wassergesetz vorlegen, das den Kriterien der Nachhaltigkeit gerecht wird. Das geplante Vergabegesetz ermöglicht es durch die Aufnahme ökologischer Kriterien – wie in Berlin geschehen – die im Koalitionsvertrag vereinbarte stärkere ökologische Ausrichtung der Wirtschaftspolitik umzusetzen.*

*Beschlossen auf der Sitzung der LAG Umwelt am 15. Januar 2011 in Potsdam*



# Antrag A6

## Zukunftsfähige Entwicklung der gesamten Region Berlin-Brandenburg

Einreicher: KV Potsdam

### **Der Landesparteitag möge beschließen:**

Ausgehend von der Leitbilddiskussion „Für ein zukunftsfähiges und solidarisches Brandenburg der Regionen“ gibt die Partei DIE LINKE der neu entfachten Debatte über eine zukunftsfähige Entwicklung der gesamten Region Berlin-Brandenburg einen starken demokratischen Impuls. Notwendig ist dafür die Kenntnis des Ist-Zustands sowie ein öffentliches Forum, das im Unterschied zu früheren technokratischen Versuchen „von oben“ die Bevölkerung und gesellschaftliche Interessenvertretungen zur breiten inhaltlichen Diskussion von Chancen und Risiken einlädt und gleichberechtigt am gesamten Prozess beteiligt. Dabei setzen wir auf einen Dialog und eine breite Beteiligung der Bevölkerung. Der LPT beauftragt den Landesvorstand, Regierungsmitglieder, Kreisvorstände und MdL, in ihren Verantwortungsbereichen den Anstoß für eine demokratische Debatte zu geben und auch in den Landesverbänden der Partei an einer gemeinsamen Position zur Zukunft der Länder Brandenburg und Berlin zu arbeiten.

### **Begründung:**

*Am 5. Mai 1996 hatten die BrandenburgerInnen und BerlinerInnen die Wahl zwischen Fusion und Kooperation. Die damaligen Regierungsparteien, soziale Verbände und Medien waren sich einig: Die Fusion muss kommen. Dagegen stieß das technokratische Projekt bei großen Teilen der Bevölkerung auf Skepsis und sogar Ablehnung, speziell bei den BrandenburgerInnen. Die Länderfusion ist nicht gekommen. Die Länder sind sich in vielen Bereichen näher gekommen und Grenzen verschwanden. 15 Jahre nach dem Volksentscheid wird erneut – wenn auch vorerst nur von einer kleinen Gruppe und dies auch sehr zaghaft – über dieses Thema debattiert. Die alten Ängste sind noch vorhanden, vor allem in Brandenburg. Die neu angestoßene Debatte über ein gemeinsames „Land Brandenburg“ bringt sie wieder zum Vorschein – sei es die Angst vor dem Moloch Berlin oder die Furcht vor Stellenabbau und langen Wegen zugunsten einer vermeintlich schlanken Verwaltung, seien es die Schulden von Berlin oder die Angst vor der Aufgabe der „Brandenburgischen Identität“. DIE LINKE muss diese Vorbehalte und Ängste der Bevölkerung wahrnehmen und ihnen Rechnung tragen. DIE LINKE. Brandenburg nutzt die Regierungsbeteiligung, um eine Diskussion von unten anzustoßen, die nicht wieder technokratisch (von oben herab) dirigiert wird. Dabei soll der Berliner Landesverband einbezogen werden. Impulse für das Zusammenwachsen „von unten“ könnten z. B. durch eine Diskussion über eine gemeinsame Landesverfassung entstehen. Dabei könnte über die gemeinsamen Ziele und Werte von BrandenburgerInnen und BerlinerInnen debattiert werden. Gerade wir als Brandenburger LINKE haben dies durch die Kampagne „Unsre Heimat“ bereits getan. Dies soll nun für eine Region, die immer noch in zwei Bundesländer unterteilt ist, geschehen. Dies zielt nicht auf morgen oder übermorgen, ein solches Projekt benötigt Jahre. Eins ist dabei klar: Ein gemeinsames Land in Gestalt einer „Metropolenregion“ Berlin mit brandenburgischen Rändern wird es mit der Partei DIE LINKE nicht geben. Ein Zusammenwachsen muss Brandenburgs regionale Vielfalt berücksichtigen. Ein Fehler wäre es, schon über einen Fusionsversuch zu reden. Ein Zeitlimit ist für eine Debatte „von unten“ kontraproduktiv. Ein breiter Dialog als Voraussetzung für einen Prozess, in dem beide Länder als eine Region agieren, soll von den politisch Verantwortlichen angestoßen werden. Es liegt jetzt an der brandenburgischen LIN-*

*KEN, das sicherlich langfristige Projekt couragiert in die Hand zu nehmen, um einen Prozess zu initiieren, der eine notwendige und zukunftsgerichtete Debatte anstößt*

*Kreisverband DIE LINKE. Potsdam*

# Antrag A7

Keine Ausgrenzung – Gleiche Chancen- Integration ist keine Einbahnstraße

Einreicher: Olga Schummel (LV) und Bettina Fortunato (LV und MdL)

Wir lehnen eine nach der Verwertungslogik des Kapitals ausgerichtete Migrations- und Integrationspolitik der schwarz-gelben Koalition ab. Grundlage linker Migrations- und Integrationspolitik sind die Grund- und Menschenrechte und das Prinzip gleicher sozialer Rechte und Möglichkeiten für alle Menschen. DIE LINKE Brandenburg bekennt sich zum Einwanderungsland Deutschland.

Wir nehmen mit Sorge zur Kenntnis, dass in den letzten Monaten verstärkt ein gesellschaftliches Klima erzeugt wurde, in dem der Generalverdacht gegen Migranten/innen im allgemeinen und Muslime im Besonderen geschürt wird. Wir akzeptieren keinesfalls, dass Menschen nach Qualifikation und Arbeitsmarktlage in „Nützliche“ und „Unnütze“ oder „Erwünschte“ und „Unerwünschte“ eingeteilt werden. Quoten, Kontingente und Punktesysteme sind Instrumente einer menschenverachtenden, selektiven Einwanderungspolitik, die einer menschenrechtsorientierten Migrations- und Integrationspolitik widersprechen. Eine neue gesellschaftspolitische Gestaltung von Integration ist nötig, um ein solidarisches Miteinander überhaupt zu ermöglichen.

## 1. Flüchtlingspolitik

Die Lockerung der Residenzpflicht für Asylbewerber und geduldete Flüchtlinge in Brandenburg kann als Erfolg der Linken gewertet werden, die dieses Thema nicht nur im Koalitionsvertrag verankerte, sondern auch als eines der ersten als erfüllt betrachten konnte. Das ist nicht genug. Eine bundesweite Aufhebung der Residenzpflicht bleibt weiter unser Ziel.

Vorübergehende Lösungen zur Bleiberechtsregelung sind unzureichend. Es soll ein Ende den staatlichen Tricksereien gesetzt werden, wir sind für eine Bleiberechtsregelung zugunsten der Flüchtlinge und für einen Abschiebestopp. Das Bestehen der Härtefallkommission darf nicht angetastet werden.

Die LINKE Brandenburg setzt sich für die Abschaffung des Sachleistungsprinzips im Rahmen des Asylbewerberleistungsgesetzes in allen Landkreisen ein, denn das liegt in deren Verantwortung.

Wir fordern langfristig Aufhebung des Arbeitsverbots für Flüchtlinge!

## 2. Sprachförderung

Eine qualifizierte Sprachförderung ist ein Garant für die erfolgreiche Integration der Mitbürger mit Migrationshintergrund. Der Zugang zum Erlernen der deutschen Sprache darf nicht alleine auf den Schultern der Migranten/innen lasten.

Deshalb fordert die LINKE eine grundlegende Überarbeitung der Eingliederungsverordnung in Brandenburg für die eingewanderten Schüler. Ein intensiver Deutschunterricht vor Beginn des Regelunterrichts kann gewährleisten, dass die Schüler mit Migrationshintergrund einen höheren schulischen Abschluss erreichen. Wir fordern die Einstellung von Lehrern mit der entsprechenden Befähigung für den Deutschunterricht und der interkulturellen Kompetenz.

49 Wir sind für einen Rechtsanspruch auf Teilnahme an den Integrationskursen für alle  
50 Migranten/innen und eine bedarfsgerechte Aufstockung der Mittel für das Integrati-  
51 onskursystem.

52

### 53 3. Arbeitsmarktpolitik

54 Migranten/innen haben oft prekäre Arbeitsverhältnisse im Niedriglohnsektor und sind  
55 von Erwerbslosigkeit doppelt so häufig betroffen. Das Armutsrisiko von Migranten/  
56 innen ist deshalb vergleichsweise besonders hoch.

57 Wir kämpfen für einen Rechtsanspruch auf eine erleichterte Anerkennung von im Aus-  
58 land erworbenen Abschlüssen und die Beendigung der Diskriminierung von Migran-  
59 ten/innen beim Zugang zu Schule, zu Ausbildung, zum Arbeitsmarkt und zu sozialen  
60 Dienstleistungen und Transfers.

61 Die Arbeitsmarktöffnung für die EU-Bürger aus Osteuropa in der nahen Zukunft darf  
62 nicht die Lage der Migranten/innen in Deutschland erschweren. Die vorhandenen  
63 Potenziale sollen analysiert und dem Arbeitsmarkt zugeführt werden.

64

### 65 4. Gesellschaftliche Partizipation

66 Die Teilhabe der Migranten/innen an und in der Gesellschaft ist begrenzt und hängt  
67 von einer Vielzahl von Faktoren im rechtlichen, ökonomischen, sozialen, Beschäf-  
68 tigungs- und Bildungs-Status ab. Die LINKE setzt sich deshalb für das Ermöglichen  
69 der aktiven politischen Partizipation auf der kommunalen Ebene ein, was durch das  
70 Kommunalwahlrecht gewährleistet werden soll. Die Migranten/innen in Brandenburg  
71 bleiben aus dem parlamentarischen Geschehen auf Landesebene weiterhin ausge-  
72 schlossen. Wir machen uns stark für ein Mitspracherecht der Migranten/innen bei  
73 den wichtigen integrationspolitischen Entscheidungen des Landes. Auch deshalb ist es  
74 wichtig und dringend notwendig, dass wir auf Landesebene und vor Ort verstärkt ge-  
75 meinsam mit Verbänden, Initiativen, Migrantinnenorganisationen zusammenarbeiten,  
76 um gemeinsame Ideen zu entwickeln.

## **Begründung**

*Flüchtlinge unterliegen oftmals einem Arbeitsverbot und sind deshalb häufiger vom Asylbewerberleistungsgesetz abhängig, und müssen damit noch unterhalb des Hartz-IV-Niveaus leben. Eine diskriminierende Flüchtlingspolitik schreibt nach wie vor neue Kapitel. Die Schüler mit Migrationshintergrund verlassen viel häufiger die Schule ohne einen Abschluss, Arbeitssuchende Migranten werden im Bewerbungsverfahren, bei der Arbeitsvermittlung und im Beruf diskriminiert. Die gesellschaftliche und politische Partizipation der Migranten kann man nach wie vor als ethnische Isolation bezeichnen. Die Migranten brauchen keine Diskussionen und Schuldzuweisungen. Eine neue Integrationspolitik wird von den Betroffenen und den Akteuren der integrativen Arbeit dringend erwartet.*

*Das ureigenste Anliegen der LINKEN, sich für die Schwächsten in der Gesellschaft stark zu machen, wird mit diesem Antrag unterstützt.*

*Bettina Fortunato, Olga Schummel*







***DIE LINKE.***  
B R A N D E N B U R G

Landesgeschäftsstelle Brandenburg  
Alleestraße 3  
14469 Potsdam  
Tel: 0331-2000 90  
[www.dielinke-brandenburg.de](http://www.dielinke-brandenburg.de)